

Kurer hoffte auf Hilfe von oben

UBS zählte im Steuerstreit mit den USA vergebens auf den Bundesrat



UBS-Verwaltungsrats-Präsident Peter Kurer befürchtet weitere Zwangsmassnahmen der USA

FOTO: STEFFEN SCHMIDT/KEYSTONE

VON LUKAS HÄSSIG

BERN/ZÜRICH Der Bundesrat habe rechtliche Optionen geprüft, um den US-Behörden den raschen Zugang auf die Bankdaten von rund 250 amerikanischen UBS-Kunden zu verschaffen, meldeten diese Woche verschiedene Medien. Ein Regierungssprecher dementierte, dass der Bundesrat Notrecht zugunsten der UBS geprüft habe. Gemäss gut unterrichteten Quellen mit Zugang zum innersten Zirkel der Grossbank geht die Diskussion um Notrecht auf einen Hilferuf der Grossbank zurück.

Die US-Behörden sollen der UBS ein Ultimatum bis im Frühling gesetzt haben, um die Namen und Bankdaten von rund 250 Kunden auszuliefern, die des Steuerbetrugs verdächtigt werden. Einige Kunden wehren sich jedoch vor dem zuständigen Bundesverwaltungsgericht dagegen, dass die Schweizer Behörden den Amerikanern in diesem Fall Amtshilfe gewähren.

Verwaltungsrats-Präsident Peter Kurer und CEO Marcel Rohrer sollen gemäss gut unterrichteten Quellen zur Erkenntnis gelangt

sein, dass wenig Aussicht auf Erfüllung des Amtshilfegesuchs der USA bestehe. Nach Sichtung der fünf bisherigen Rekurse setzt die zuständige zweite Kammer in der Abteilung eins des Bundesverwaltungsgerichts offenbar zwei dicke Fragezeichen:

Erstens braucht Amtshilfe einen konkreten Verdacht bei einer konkreten Person – und nicht wie im vorliegenden Fall eine Art Rasterfahndung, die Juristen als «Fishing Expedition» bezeichnen.

Zweitens muss der Kunde betrügerisch Steuern hinterziehen, indem er beispielsweise

Urkunden fälscht, damit die Schweiz fremden Staaten Amtshilfe gewährt. Laut einem Verteidiger eines betroffenen UBS-Kunden handle es sich bei den fraglichen Dokumenten aber nicht um Urkunden. Vielmehr habe die UBS für ihre Kunden eine Lücke in einem Vertrag mit Amerika ausgenutzt.

Mit dem Apeasement-Kurs will Kurer die USA milde stimmen

Ein Sprecher des Bundesverwaltungsgerichts wollte das laufende Verfahren nicht kommentieren.

Ein negativer Gerichtsentscheid im US-Steuerstreit könnte für Peter Kurer gravierende Folgen haben. Die gesamte Strategie des Wirtschaftsrechtsanwalts, der vor seiner Wahl zum VR-Präsidenten oberster Rechtsvertreter der UBS war, würde in der zähen Auseinandersetzung einbrechen.

Mit einem Apeasement-Kurs versucht Kurer seit einem Jahr, die Amerikaner milde zu stimmen. Im Juli bekannte sich die UBS vor einem Senatsausschuss schuldig, US-Kunden bei der Steuerumgehung geholfen zu haben. Die Bank stellte ihre lukrative US-Vermögensverwaltung

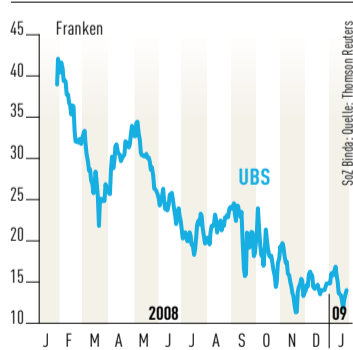
aus der Schweiz heraus ein, in der Hoffnung auf Gnade. Die Amerikaner zeigten sich kompromissbereit unter der Voraussetzung, dass sie rasch die Daten reicher UBS-Kunden erhalten würden.

Anfänglich schien der Plan aufzugehen. Die US-Anwälte der UBS gaben den Behörden die Zahl von 250 betroffenen Kunden bekannt, dann reisten Vertreter der Eidgenössischen Steuerverwaltung nach Washington, um den US-Ermittlern beim Ausfüllen eines Erfolg versprechenden Amtshilfegesuchs zu helfen. Kaum war dieses eingetroffen, lieferte die UBS Bern auch schon die angeforderten Daten aus.

Doch im November folgte das jähe Erwachen. Die USA klagten Raoul Weil, den Chef der weltweiten UBS-Vermögensverwaltung, als Verschwörer gegen Amerika an und drohten mit Strafanklagen gegen weitere UBS-Topmanager, darunter Präsident Kurer.

Dass die UBS in Bern vorstellig wurde mit der Idee, der Bundesrat könnte die Herausgabe der Kundendaten mit Notrecht erzwingen, zeigt, wie ausweglos die Lage der Grossbank in den USA geworden ist.

UBS-Aktie sinkt



► FORTSETZUNG VON SEITE 47

Grossbaustelle UBS

ten. Der Bund unterstützte die UBS im Oktober mit 6 Milliarden vor dem drohenden Kollaps. Dass davon ein Teil als Boni für Mitarbeiter bezahlt wird, ist nicht einfach zu verdauen.

Zumal es für die Bank grundsätzlich keine vertragliche Pflicht gibt, einen Bonus zu bezahlen. Die Extravergütung ist ein variabler Lohnanteil, der auch null betragen kann. Es gibt allerdings Ausnahmen: Gute Privatebanker etwa lassen sich oft nur dann anstellen, wenn ihnen die Bank den Bonus im Voraus für das erste Jahr garantiert. In diesen Fällen muss die Bank zahlen, auch wenn der Mitarbeiter die Leistungsziele

nicht erreicht – oder die Bank fast bankrott geht. In der Schweiz dürften dies ein paar Dutzend Fälle sein. Wie hoch diese Quote allerdings im Ausland ist, ist nicht bekannt.

Ebenfalls unter Aufsicht der Finma plant die UBS ein neues Bonusprogramm für höhere Kadermitarbeiter. Es soll im zweiten Quartal wirksam werden. Definiert sind zwei Eckpunkte: Das Instrument sieht vor, dass die darin einbezählten Boni nur dann ausgeschüttet werden, wenn die Bank profitabel arbeitet, und dass die Werte über eine Zeitperiode gesperrt bleiben. Dieses Kaderinstrument, für das die UBS ebenfalls grünes Licht von der Finma bekommen hat, wird zusätzlich zum Bonus-Malus-System eingeführt, das die Bank bereits im letzten Herbst angekündigt hat.

2000 Lehman-Opfer entschädigt

Credit Suisse überwies den Opfern insgesamt 100 Millionen Franken

ZÜRICH Credit Suisse hat die Rückzahlungen an Lehman-Opfer abgeschlossen. Insgesamt überwies die Bank 100 Millionen Franken an 2000 Opfer, wie ein Firmensprecher auf Anfrage bestätigte. Der Aufwand sei bereits dem dritten Quartal belastet worden. Die meisten Opfer, die ein Angebot von der Credit Suisse erhielten, haben dieses offenbar angenommen. Noch 11 Fälle seien hängig beim Bankenombudsmann oder bei Anwälten.

Die Bank will einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit Kunden ziehen, die mit Lehman-Papieren einen Totalverlust erlitten haben. Die

US-Investmentbank Lehman Brothers ging im September in Konkurs. Die CS hatte ab Herbst 2007 im grossen Stil Lehman-Derivate verkauft. Nach der Pleite kündigte die CS an, diejenigen Opfer zu entschädigen, die mehr als 50 Prozent ihrer Vermögen und weniger als 500 000 Franken in Lehman-Produkten angelegt hatten.

Wie viele Kunden leer ausgingen, will die Bank nicht sagen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass knapp die Hälfte aller Lehman-Opfer von der CS entschädigt wurde. Bekannt ist, dass in den CS-Kundenportfolios insgesamt 0,3 Prozent Lehman-Produkte

lagen mit einem Wert von 700 Millionen Franken.

Der Zürcher Wirtschaftsrechtler und Opfervertreter Daniel Fischer bleibt skeptisch: «Ich habe grösste Zweifel, dass die Zahlen stimmen.» Von den 350 Opfern der Gruppe «Anleger-Selbsthilfe» hätten weniger als 5 Prozent ein Angebot der Credit Suisse erhalten. Insgesamt haben die Opfer 17 Millionen Franken verloren. Fischer will denn auch nicht klein beigeben und an der Generalversammlung der Credit Suisse auftreten und bohrende Fragen stellen. Er plant eine Sammelklage gegen die CS.

BEAT SCHMID

Freddie Mac unersättlich

WASHINGTON Freddie Mac ist die US-Regierung erneut um Hilfe angegangen. Der Immobilienfinanzierer hat weiteren akuten Finanzbedarf von 30 bis 35 Milliarden Dollar angemeldet. Das Institut hat im vierten Quartal schwere Verluste erlitten, wie es in einer Eingabe an die staatliche Börsenaufsicht (SEC) schrieb.

Freddie Mac hat bereits vergangenes Jahr eine Kapitalspritze von 14 Milliarden Dollar erhalten, um den massiven Ausfall von Immobilienkrediten verkraften zu können. Das Schwesterinstitut Fannie Mae hat signalisiert, dass es ebenfalls auf Unterstützung angewiesen sein könnte.

MARKUS GISLER



Alarmstufe Rot bei Kielholz und Swiss Re

Walter Kielholz, der eigentliche Schattenpräsident von Swiss Re, steht vor einer wichtigen Entscheidung. Er führt zwei Unternehmen, die einst glänzend liefen und jetzt vor existenziellen Problemen stehen: Swiss Re und Credit Suisse. Kielholz muss sich überlegen, wie lange er sich noch beide Hüte aufsetzen will. Die Lage von Swiss Re nimmt immer bedrohlichere Züge an. Das einstige Flaggship des Finanzplatzes, der Inbegriff von Solidität und Vertrauen, ist in den Grundfesten erschüttert. Um über 40 Prozent ist der Aktienkurs binnen Wochenfrist eingebrochen, der Börsenwert ist auf unter 9 Milliarden geschrumpfen. Es herrscht Alarmstimmung.

Das scheint den umstrittenen CEO Jacques Aigrain, dem die Spatzen auf dem Dach keine drei Monate mehr geben, nicht sonderlich zu beunruhigen. Am Freitag verschickte er ein internes Beruhigungsmail: «It's just rumours that have driven our share price down, we stay focused, we are building a dynamic

«CEO Jacques Aigrain zerstörte eine über Jahrzehnte aufgebaute Firmenkultur»

organisation» usw., um am Schluss festzuhalten, dass die deutsche Version am Montag am schwarzen Brett zu finden sein werde. Aigrain war im Januar 2006 angetreten, um dem in seinen Augen verschlafenen Konzern und seinen Schöngestirnen zu zeigen, was Dynamik bedeutet, was Geld verdienen heisst und wie der Aktienkurs

Richtung Norden getrieben wird. Der aus dem Investmentbanking kommende französisch-schweizerische Doppelbürger brüskierte interne Fachleute, verteilte via Presse Hiebe und zerstörte eine über Jahrzehnte aufgebaute Firmenkultur, die den Weltruf von Swiss Re ausgemacht hatte. Hundertschaften enttäuschter Fachleute verliessen den einstigen Thinktank oder mussten gehen. Stattdessen speeden nun am schnellen Geschäft interessierte Investmentbanker durch die Gänge. Vom Ausflug in dieses risikoreiche Geschäftsfeld sind wir alle tief beeindruckt: Der Aktienkurs liegt 78 Prozent unter dem Höchst vom Frühling 2007. Die Munich Re, mit der man sich früher gerne verglich, hat in der gleichen Zeit 30 Prozent eingebüsst.

Wieso hat Walter Kielholz so lange zugeschaut?

Was bringt ein VR-Präsident ohne Führungserfahrung in einer kritischen Zeit wie jetzt? Ist Swiss Re unterkapitalisiert, wie die Gerüchte sagen? Was sind die Risiken auf dem Finanzplatz London, wo bald jede grosse Bank verstaatlicht ist? Gefragt wären Entscheide des Verwaltungsrats und nicht inhaltslose Botschaften eines offensichtlich kommunikativ überforderten CEO.